



Volksmotion Nr. 152 2012/2016

Eingang Stadtkanzlei: 6. Februar 2014

Stopp dem Wildwuchs von Antennenanlagen in Wohnquartieren

Gestützt auf Art. 16 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 reichen die unterzeichnenden Stimmberechtigten nachstehende Volksmotion ein:

Antrag

Wir verlangen vom Stadtrat die Ausarbeitung von Vorschriften für die Nutzungsplanung. Diese müssen der ästhetischen Qualität von Wohnquartieren bei der Beurteilung von Mobilfunkanlagen eine zentrale Bedeutung beimessen. Antennen auf gut einsehbaren Dächern in Wohnquartieren sollen grundsätzlich nicht mehr möglich sein. Bei hängigen Baugesuchen sind diese Aspekte bereits im Vorfeld zu berücksichtigen.

Begründung

Der Datenverkehr mobiler Geräte wächst rasant. Ebenso wächst die Anzahl Mobilfunkantennen. Allein in in der ersten Januarhälfte 2014 lagen in der Stadt Luzern drei Baugesuche für neue Antennenanlagen auf. Wie das Beispiel des Gesuches von Sunrise im Imfangquartier zeigt, werden Anlagen neuerdings auch mitten in Wohnquartieren auf rundum einsehbaren Dächern geplant. Das Geschäft mit mobilen Kommunikationsdiensten boomt, ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Gleichzeitig entsteht in der Stadt Luzern ein leistungsfähiges Glasfasernetz. Es ist eine falsche Entwicklung, in Wohnquartieren die Kommunikation über das Mobilfunknetz zu fördern, denn Mobilfunk hat gewichtige Nachteile:

- Gesundheitliche Folgen durch nichtionisierende Strahlung können nicht ausgeschlossen werden
- Die Antennen sind hässliche Fremdkörper im Stadtraum
- Durch Mobilfunkantennen werden Miet- und Kaufpreise von Nachbarliegenschaften beeinträchtigt (Wertminderung)
- Bei jedem neuen Baugesuch für eine Mobilfunkantenne wird die betroffene Bevölkerung verunsichert, es entstehen Ängste und aufwendige Bürgerinitiativen.

Die Grundversorgung für mobiles Telefonieren ist in der Stadt Luzern längst abgedeckt. Um einen Wildwuchs von Antennenstandorten für die Übermittlung von immer noch mehr Daten zu verhindern, braucht es neue Leitplanken durch die Behörden.

Markus Christen
und Mitunterzeichner/innen